

ZUR LAGE DER INNEREN UNSICHERHEIT

Eine Bestandsaufnahme – moralisch und pragmatisch

Heinz Steinert

Wer oder was bedroht eigentlich die allseits geforderte „Sicherheit“?

„Sicherheit“ ist nicht nur, was alle Politiker zur Zeit am dringlichsten versprechen (und das wird sich in der BRD im Wahlkampfjahr 1994 noch ungeahnt steigern), „Sicherheit“ wird auch von der Bevölkerung eingefordert. Das ist es, was Politik „für uns“ tun soll: „uns Sicherheit geben“.

Freilich hat das Volk einen breiten Begriff von „Sicherheit“: Am wichtigsten ist uns, daß wir nicht in kriegerische Aktionen und Groß-Katastrophen vergleichbaren Ausmaßes verwickelt werden; wenn das geklärt ist, geht es um die Sicherheit von Arbeitsplatz und Einkommen; etwas älteren Leuten geht es um die Sicherheit von Rente, Ersparnissen und Eigenheim; schließlich kommt auch noch die erwünschte Sicherheit vor Überfällen, Einbrüchen und allgemein Belästigungen hinzu. In den politischen Versprechungen hingegen geht

es auffallend häufig um einen auf Kriminelles eingeengten Begriff von Sicherheit.

Die meisten Leute haben einen recht dezidierten Verdacht, wovon diese verschiedenen „Sicherheiten“ eigentlich gefährdet werden: von ihren eigenen Politikern und ihrer Politik: Kriegerische Aktionen brauchen natürlich einen Feind, aber den bekommt man nur, wenn die Politik versagt. Die Sicherheit von Arbeitsplatz und Einkommen wird jedenfalls verbreitet der mehr oder weniger kompetenten Wirtschaftspolitik angelastet. Die Ersparnisse und Renten sind ohnehin besonders durch staatliche Entscheidungen gefährdet: durch Geldabwertungen und schlüche Kürzungsbeschlüsse; das Eigenheim von der in der Nähe gebauten Autobahn oder Flughafen-Startbahn. Gerade die Gefährdung durch Kriminalität geht nicht unmittelbar von der Politik aus, sondern in erster Linie von Männern, jungen Männern, unterschichtigen jungen Männern, ausländischen unterschichtigen jungen Männern. Aber auch hier wird die Politik dafür verantwortlich gemacht, daß die Machen-

schaften dieser Männer nicht verhindert werden, besonders nicht durch die Polizei.

Das sollten wir vielleicht als erstes festhalten: Für die Bevölkerung geht die „Unsicherheit“ von den Politikern und ihrer schlechten Politik aus, auch von ihrer Korruption oder zumindest ihrem Desinteresse an dem, was die „einfachen Leute“ beschäftigt. Sie selbst lebten nämlich wohlhabend und allseitig gesichert, wofür sie durch die Schaffung entsprechender Politiker-Besoldungs- und Parteien-Finanzierungs-Bestimmungen und deren skrupellose Ausnutzung selbst (und zwar im Konsens aller Parteien) zu sorgen verstünden. Die Affären um Bereicherungen von Parteien und Politikern, die viel beklagte „Politikverdrossenheit“ und die Forderung nach „Sicherheit“ gehören also eng zusammen.

Für Thomas Mathiesen – erst jetzt und an diesem Ort, weil ich für seine Festschrift nicht schnell genug schreiben konnte.

Der alltägliche Umgang mit Risiken

Wie immer muß man differenzieren: Es mag Leute geben, die wirklich glauben, „ehrliche Politik“ und vertrauenswürdige Politiker könnten die Sicherheit schaffen, die man sich wünscht – „Sicherheit“ durch Vertrauen. Die meisten freilich haben solche Illusionen nicht und leben damit, daß man allenfalls kürzer oder länger Glück haben kann – Fatalismus als „Sicherheit“. Und viele sind überzeugt, daß man sich einfach durchschlagen muß und das nur gerade so rücksichtsvoll gegen andere, wie man es sich leisten kann und wie es durch die jeweiligen Machtverhältnisse erzwungen wird – „Sicherheit“ durch Härte.

Viele sind entsprechend bereit, eine Menge an Risiken auf sich zu nehmen – um das Einkommen zu verbessern, um schneller voranzukommen, um sich als Männer zu beweisen, wegen des Nervenkitzels. Es gibt eine ausgebaute Abenteuer-Industrie, die – natürlich bei kontrolliertem Risiko – für teures Geld Aufregungen anbietet und auch an den Mann bringt. Im Straßenverkehr werden höchst freiwillig und gegen eine besonders umfassende Sicherheits-Kampagne erstaunliche Risiken eingegangen – für Leib und Leben und davor noch von vielen Leuten für das teuerste Stück an Eigentum (oder zumindest an Schulden), über das sie verfügen. Die „safer sex“-Kampagne hat nach den Berichten nicht gegriffen: Die Leute nehmen für die paar Sekunden Lust und für die „Spontaneität“ in der Suche danach das alte Risiko von Schwangerschaft und das neue von tödlicher Krankheit ohne eigentliche Notwendigkeit auf sich. Was mit einer Heirat von beiden Teilen, besonders aber von der Frau, an ökonomischer Eigenständigkeit aufgegeben wird, wird zwar in vielen Fällen nach einigen Jahren sichtbar, zunächst aber wird das Risiko mit Freuden eingegangen. Die staatlichen Glücksspiel-Monopole ziehen den Leuten (bei freilich meist kleinen Einsätzen, die sich aber summieren, und noch kleineren Gewinnchancen) wöchentlich Millionen aus den Taschen. (Von den Risiken, die von verschiedenen Industrien laufend und auf unsere Kosten eingegangen werden, ist hier noch gar nicht die Rede. Erst einmal geht es um den Alltag der „kleinen Leute“.) Und wer das alles scheut, liest und sieht zumindest Geschichten, in denen völlig verrückte Risiken nur mit letzter Not und viel Glück, aber auch mit unerhörter Männlichkeit und ihren Ausstattungen bewältigt werden. Nicht viele Leute werden wirklich gern Angst haben. Aber ängstigende Situationen, die „gemeistert“ werden – das gefällt uns schon.

Es gefällt uns, weil wir, wenn es nicht um Politik und nicht um große Sprüche geht, natürlich wissen, daß es keine „Sicherheit“ gibt. Der Volksmund signalisiert das schon in der Wortbildung „todsicher“: „so sicher wie der Tod“. Der ist aber auch alles, was sicher ist. Sonst ist

nur sicher, daß nichts sicher ist. Der Stammtisch lebt von solchen Kalauern. Und wir wissen, daß wir uns ansonsten selbst vorsehen müssen. Nur völlig naive Leute, von denen es nicht so viele gibt, wissen nicht, daß gegen einen Einbruch in der Wohnung außer dem Verzicht auf Besitztümer nur Glück und eine Versicherung hilft, gegen die Risiken von Krankheit und Alter nur eine glückliche Konstitution, eine nicht so ruinöse Arbeit und eine gute Renten- wie Krankenversicherung, gegen die Risiken der Geldentwertung am besten, keine zu großen Bar-Ersparnisse zu haben, gegen die projektierte Autobahn in der Nähe kann man es immerhin mit einer Bürgerinitiative versuchen. In allen Fällen braucht man also in erster Linie Glück, in zweiter Linie hilft vielleicht eigene Umsicht und Vorsorge und Gegenwehr – wenn man die Möglichkeit dazu hat. Ob und wie sehr man diese Möglichkeit hat, hängt nach wie vor hauptsächlich von der beruflichen Situation und dem Einkommen ab.¹

Die öffentliche Bekundung von Angst, Sorge und Beunruhigung

Alles spricht dafür, daß mehr oder weniger öffentliche Mitteilungen über die Angst vor bestimmten Gefahren wenig bis nichts mit der Höhe des statistisch ausdrückbaren objektiven Risikos zu tun haben. Wir müßten sonst, vor allem als Männer jüngerer bis mittleren Alters, jeden Morgen panisch vor dem Straßenverkehr (besonders vor dem eigenen Auto) und abends mißtrauisch vor anderen Männern, die wir kennen oder kennenlernen, zurückschrecken. Nur als ältere Herrschaften könnten wir uns beruhigt zurücklehnen, weil wir jetzt die meisten der bisherigen Alltags-Risiken hinter uns haben.

Die Umfrage-Ergebnisse zur Kriminalitätsseinschätzung und -angst sowie zur Unzufriedenheit mit der Lage der inneren Unsicherheit sind bekanntlich genau umgekehrt: Die, nicht nur aber besonders auch von Kriminalität, am wenigsten bedrohten älteren Befragten äußern sich häufiger besorgt und fordern auch öfter das, was sie als „starken Staat“ verstehen: viel Polizei, strenge Strafen, obrigkeitliche Ordnung. Aber auch die weniger Gebildeten reagieren eher nach diesem Muster – und die sind nun in der Tat stärker gefährdet. Es ist also auch nicht so, daß die Gruppen, die mit einem Risiko weniger Erfahrung haben, es mehr fürchten würden. Mit der Höhe des Risikos und der Souveränität im Umgang mit ihm hat die geäußerte Besorgnis keinen linearen Zusammenhang.

Ein weiteres Forschungsergebnis kompliziert die Zusammenhänge noch mehr: Langfristig hat die in Umfragen geäußerte Angst vor Kriminalität eher abgenommen. Dieser Rückgang ist hauptsächlich auf die Frauen zurückzuführen: Sie sind selbstbewußter geworden und lassen sich nicht mehr so leicht einschüchtern und un-

ter einen männlichen Schutz gegen die Angriffe von gefährlichen Männern zwingen.² Aber zugleich mit dieser Entwicklung haben wir eine Zunahme der empörten Klagen über männliche Gewalttätigkeit aus der Frauenbewegung bekommen. Das Thema „Gewalt gegen Frauen“ ist offenbar in dem Maß zu einem öffentlichen Thema geworden, in dem die Frauen sich selbstbewußter zur Wehr setzen (und damit – so kann man vermuten – die tatsächliche Häufigkeit solcher Gewalterfahrungen verringert haben).

Es gibt also auch einen Zusammenhang zwischen dem tatsächlichen Zurückdrängen einer

Die Affären um Bereicherungen von Parteien und Politikern, die viel beklagte „Politikverdrossenheit“ und die Forderung nach „Sicherheit“ gehören eng zusammen.

bestimmten Gefährdung durch verstärkte Ge- genwehr und ihrer gleichzeitig verstärkten Skandalisierung (aus der man naivweise schlließen könnte, das Problem sei objektiv größer geworden – tatsächlich wird es nur nicht mehr toleriert). Das aber heißt wiederum: Wer sich über Kriminalität beschwert und energische Maßnahmen dagegen fordert, hat nicht unbedingt mehr Angst vor dieser Kriminalität. Und noch einmal gewendet: Die öffentliche Forde- rung, es möge jemand, vor allem der Staat, ener- gisch etwas gegen Kriminalität tun, selbst wenn sie mit Angst davor begründet werden sollte, ist nicht einfach die neutrale Beschreibung eines Zustandes von Angst, den man bei sich selbst beobachtet und daher mitteilt, sondern ein politisches Manöver.

Auch der Inhalt dieser politischen Forderung ist leicht zu erkennen: Die Betroffenheits-For-

mulierung mit der eigenen Angst ist ein Appell an Beschützer-Verpflichtungen. Sie gibt der Forderung nach Tätigwerden des „guten Patriarchen“ besonderen Nachdruck und besondere Legitimität. Man beruft sich auf eine Norm, deren Erfüllung die Männer „verbessern“ würde. Zugleich zeigt sich zwar, daß mit diesem „guten Patriarchen“ gar nicht zu rechnen ist, daß er den Schutz, der gefordert wird, weder geben will noch kann. Der auch noch besonders emotionale Appell führt dann aber wenigstens dazu, das Patriarchat vorzuführen, öffentlich sichtbar werden zu lassen, daß es überhaupt nicht „gut“ ist, daß die kontrollierende Herrschaftsmacht in denselben Unterdrückungszusammenhang verstrickt ist, aus dem auch die kriminellen Handlungen entstehen. Nach dieser Erfahrung wird die Schutz- und Strafforderung aufgestellt, damit sichtbar wird, daß sie nicht erfüllt werden kann.

Die Polizei hat – freilich durchaus selbstverschuldet – in der Politik der inneren Unsicherheit die undankbarste Rolle: die des Umsetzers von der moralischen auf die pragmatische Ebene.

Im Sinn dieses politischen Manövers bedeutet die Mitteilung: „Man muß sich immer mehr vor Kriminalität fürchten“, im Klartext: „Die dafür zuständigen Politiker haben versagt“. Das läßt sich noch einmal umdrehen: Weil ich feststelle, daß die Politiker sich nicht um meine Probleme kümmern, und um sie zu veranlassen, das doch zu tun, bestehে ich darauf, mich zurecht vor der immer mehr um sich greifenden Kriminalität zu fürchten. Die Behauptung von Kriminalitätsangst ist ein weiterer Ausdruck der guten alten „Politikverdrossenheit“.

Moralische und pragmatische Reaktionen

Der zuletzt beschriebene Typus von politischem Manöver ist ein gutes und starkes Beispiel für den „moralischen“ Umgang mit einem Problem: Es wird dazu benutzt, um jemanden oder etwas, der, die oder das dafür verantwortlich ist, damit zu entlegitimieren und in der Folge zu Konzessionen zu veranlassen oder aus der Verantwortung zu entfernen, also das Herrschaftspersonal auszutauschen. Solche Taktiken muß man sich freilich leisten können. Wer hingegen sehr unmittelbar von ihm betroffen ist, wird dergleichen Umwege bleiben lassen und stattdessen über ebenso unmittelbare Abhilfe nachdenken, die keinerlei Grundsatzlösung bringen, sondern nur die eigene Situation verbessern muß. Wer in einem Problem tief drinsteckt, ist gehalten, mit ihm „pragmatisch“ umzugehen.

Noch einmal am Beispiel der Frauenbewegung: Die Kampagne gegen die Gewalttätigkeit der Männer kommt nicht in erster Linie von den Unterschicht-Frauen, die ihr tatsächlich besonders ausgesetzt sind, sondern stellvertretend von Mittelschicht-Frauen, die wenig Erfahrung damit haben, sie schlecht abwehren können, wo sie ihnen doch begegnet, und die sie besonders moralisch verwerflich finden. Wer das Problem unmittelbar hat, muß damit pragmatisch umgehen, in Abwehr, in Vermeidung, in balancierender Hinnahme (wenn der Mann nicht immer prügelt, sondern auch seine guten Seiten hat), vielleicht auch in Resignation angesichts von Ausweglosigkeit. Moralische Empörung ist in dieser Situation wenig hilfreich und wird daher oft eingespart.

Das Muster ist ziemlich verbreitet und die Beispiele dafür reichen auch historisch weit zurück: Wer hungert, hat wenig Zeit, sich darüber moralisch zu empören, weil ihn oder sie das nicht satt macht. Die moralische Empörung wird von denen getragen, die das Problem selbst nicht so akut haben (es allenfalls einmal bekommen könnten), aber an ihm arbeiten – und die durch die öffentliche Skandalisierung des Problems die dafür „Zuständigen“ zum Handeln oder zumindest unter Handlungsdruck und die zugehörigen Schwierigkeiten bringen möchten. Es geht also darum, für die Hungernden etwas zu erreichen und zugleich etwas gegen die dafür Verantwortlichen unter den Herrschenden und Regierenden zu tun. Es geht zugleich gegen das Problem und gegen die „schlechte Herrschaft“, die es entstehen läßt.

Die Hungernden selbst gehen die Sache pragmatisch an: Sie betteln, sie stehlen von den Äckern und aus den Läden der Reichen, sie sind zu allen möglichen Jobs und Diensten gegen ein geringes Entgelt bereit, sie drängeln sich vor und treten einander, wenn die Gelegenheit entsteht, plündern sie auch – mit ähnlicher Selbstverständlichkeit, mit der sie milde Gaben entgegennehmen oder eine Versorgung aggressiv

einfordern, die ihnen zusteht, wie sie meinen. Die tatsächlich geprägten Frauen suchen erst einmal Schutz für sich und eventuelle Kinder, sie suchen eine Möglichkeit, den Alten aus der Wohnung zu bekommen und dabei ein Einkommen zu behalten, u.ä.m. Die pragmatische Reaktion ist häufig nicht sehr wählerisch in den Mitteln und sie ist auf kurzfristige Wirksamkeit ausgerichtet – Grundsätze und Lösungen auf lange Sicht werden denen überlassen, die sich das leisten können.

Die moralische Reaktion setzt aber auch ein, wenn sich pragmatisch nichts machen läßt, wenn man den Verhältnissen ausgeliefert ist und sie nicht bewegen kann. Dann bleibt nichts übrig als der moralische Appell. Insofern kann es Situationen geben, in denen er zwar hilflos, aber doch immerhin noch ein Versuch ist, überhaupt etwas zu tun. Richtig verdächtig wird er erst, wenn pragmatische Reaktionen durchaus möglich wären und durch moralische Appelle ersetzt werden. Das gilt besonders für Berufspolitiker, deren Aufgabe es ist, gute pragmatische Ideen in schwierigen Situationen zu haben und die sich als hilflos erweisen, wenn sie davor in moralische Appelle ausweichen.³

Der Umgang der Politiker mit der „Sicherheitsverdrossenheit“

Politiker sind in der Demokratie zunächst einmal gehalten, Probleme, die ihnen aus der Bevölkerung, von der sie gewählt werden wollen, präsentiert werden, aufzunehmen und ernst zu nehmen. Freilich ist das ein bißchen schwierig, wenn sie selbst als Problem vorgeführt werden. Die Mitteilung: „Ja, ich fühle mich für die Sicherheit der Bevölkerung zuständig und ich werde sie auch herbeiführen“, ist keine sehr überzeugende Antwort auf den Vorwurf: „Die Politiker verlangen von uns Opfer und machen uns die Situation immer schwieriger, brauchen sich darum aber nicht zu kümmern, weil sie auf ihren eigenen Vorteil sehr wohl zu achten verstehen, im Zweifel sogar auf korrupte und kriminelle Weise.“ Um den Vorwurf abzulenken, muß die Aufnahme des Sicherheitsproblems ergänzt werden um ihre De-facto-Zurücknahme: „Ich würde schon, wie das mit der Sicherheit zu machen wäre, aber man läßt mich ja nicht – die Verfassung, rechtsstaatliche Garantien, die begrenzten Ressourcen, der Koalitionspartner, die Opposition, sie alle verhindern die energischen Schritte, die ich wohl zu setzen würde.“ Mit diesem Zwischenschritt ist es nun freilich möglich, das Ressentiment gegen „die Politiker“, das sich in der Forderung nach mehr Sicherheit artikulierte, gegen bestimmte Politiker zu lenken und damit in den Dienst der Parteienkonkurrenz zu nehmen – gut demokratisch.

Es ist in der Geschichte festzustellen, daß es immer die konservativen Parteien besser verstanden haben, mit diesem nicht zuletzt gegen

sie selbst gerichteten Ressentiment umzugehen. Sie haben nie versuchen müssen, das Ressentiment aufzulösen, sie konnten ihm vielmehr für sie nützliche Ziele anbieten. Damit konnten sie nicht nur sich selbst aus der Angriffslinie bringen, sondern sich darüber hinaus auf die Seite der Angreifer schlagen und diese als Rammbock gegen ihre eigenen Gegner einsetzen. Man nennt das Populismus.

Voraussetzung des Manövers ist, daß eine Personalisierung des Problems, der gesellschaftlichen Veränderung, auf die reagiert wird, gelingt, und zwar auf zwei Ebenen: auf der Ebene der Politik und auf der von Gesellschaft. Die Schwierigkeit darf nicht in einer Situation bestehen, die man zu managen hätte, sie muß an den Machenschaften oder dem Versagen bestimmter Leute, bestimmter Kategorien der Bevölkerung liegen. Und zwischen den beiden Ebenen muß sich ein Zusammenhang herstellen lassen. Ein möglicher Zusammenhang ist ein ethnischer oder religiöser oder durch Verschwörung (wie bei den Freimaurern) hergestellter: Die Probleme für die Bevölkerung gehen von einer bestimmten Kategorie von Leuten aus, z.B. „Juden“, und die energische Politik gegen sie wird von Politikern verhindert, die sie beschützen wollen, z.B. weil sie selbst „Juden“ sind und weil dieses Merkmal eine besonders hohe Solidarität stiftet. In abgeschwächter Form besteht der Zusammenhang nur darin, daß die Kategorie von Politikern, die mit in das Vorurteil hineingezogen werden soll, die Gefährlichkeit der „Juden“ nicht erkennt und also nicht in einer Verschwörung mit ihnen verbunden ist, sondern ihnen nur durch Arglosigkeit zuarbeitet, vielleicht sogar in einer an sich begrüßenswerten Haltung, die aber hier leider übertrieben wird, etwa als „Humanitätsduselei“ oder einfach „Idealismus“.

Der politische Gegner, der als Schuldiger angeboten wird, waren historisch die Liberalen, in diesem Jahrhundert immer mehr die Parteien der Arbeiterbewegung. Um plausibel zu machen, daß sie die Schuldigen sind, mußten sie zu Freunden der Bevölkerungskategorien gemacht werden, von denen sich viele tatsächlich bedroht fühlten: Das waren immer „Fremde“, historisch besonders „die Juden“, und sonst Leute, von denen man „übergovorsteilt“ werden konnte, die die Gesellschaft „unterwanderten“, sich nicht mit „uns“ identifizierten. „Betrüger“, „Diebe“, „Räuber“ aller Art, besonders wenn sie „organisiert“ agieren, eignen sich daher ebenso wie nach Sprache und Aussehen identifizierbare bedrohliche Fremde und die entfremdeten Intellektuellen, die sich noch selbst als fremd deklarieren und „uns“ kritisieren und provozieren, indem ihnen nicht heilig ist, was „uns“ heilig sein sollte.

Das Elegante an dem populistischen Versprechen ist, daß es gewöhnlich nicht getestet wird, weil man an seiner Durchsetzung vom Gegner gehindert wird. Deshalb wird es katastrophal,

wenn Populisten an die Macht kommen oder wenn Machthaber das populistische Muster übernehmen: Man kommt dann, selbst wenn das alles nur Taktik war, nicht mehr von den Sündenböcken weg, die man erst einmal aufgebaut hat, und muß tatsächlich gegen sie vorgehen. Im demokratischen Normalfall ist Populismus Taktik und bleibt in seinen Kraft-Tiraden darauf angewiesen, daß besonnene Kräfte stark genug sind, die Umsetzung zu verhindern. Freilich sammelt sich dabei zugleich die Evidenz für das verschwörungstheoretische Denken. Der Zyklus geht so: Man identifiziert die „Volksfeinde“ und wüßte durchaus, wie sie zu bekämpfen wären, kann dieses Programm aber nicht durchführen, weil deren hochgestellte Freunde (oder sonst unbedarften Beschützer) das nicht zulassen. Man präsentiert daher einen „energischen“ Gesetzes- oder Maßnahmen-Vorschlag, den die Liberalen aus Gründen der Rechtsstaatlichkeit nicht akzeptieren können, was ihnen als (absichtliche oder zumindest fahrlässige) Förderung des Bösen und Bedrohlichen ausgelegt wird. Die Einführung der autoritären Maßnahme scheitert zwar, aber der Versuch hat wieder klargestellt, wer die Bedrohung und wer die Schuldigen dafür sind, daß jene nicht abgestellt werden kann.

Die Arbeiterbewegung war nur kurz in der Geschichte imstande, ähnlich auf den Ressentiments zu spielen: durch die Identifikation „der Kapitalisten“ als die bedrohliche Kategorie. Das Ergebnis war katastrophal: Soweit das entsprechende Ausschluß-Programm durchgeführt wurde, entstand der autoritäre kommunistische Staat mit seinen stalinistischen Extremen. Die Sozialdemokratie hat diese Personalisierung nie in dem Maß mitgemacht, besonders nicht, seitdem sie die Rolle der Liberalen mit übernehmen mußte. Politisch spricht das für sie, daß aber noch kein überzeugendes Muster gefunden wurde, mit dem man dem populistischen Vorgeführtwerden entgehen und es überzeugend kontrollieren kann, ist kein politisch-taktisches Ruhmesblatt.

Wie es gehen müßte, ist abstrakt leicht gesagt: durch eine Umdefinition, die klarstellt, daß nicht Leute das Problem sind, sondern bestimmte sachliche Umstände – ein unzureichender Wohnungsbau, zu viele Möglichkeiten zum Lohndrücken, unregulierte Konkurrenzen aller Art. Aber praktisch geht das ganz leicht so schief, wie man es an der deutschen Sozialdemokratie in den letzten Jahren und Monaten beobachten konnte: Man ist auch nicht imstande, jene pragmatische Ebene der Problemlösung zu erreichen, die für die unmittelbar Betroffenen wichtig wäre und dort konkrete Programme – unter Beteiligung der Bevölkerung – in Gang zu setzen. Vielmehr versucht man, auf der moralischen Ebene zu konkurrieren, die von den Konservativen vorgegeben wird, versucht, sich besonders moralisch aufzuspielen – und fällt dabei auf die Nase, was wohlverdient und auch ganz

komisch anzusehen ist, aber die Wehrlosigkeit gegenüber dem Populismus-Trick nicht vermindert.

Politiker und Polizisten: Die Rolle der Polizei im Sicherheits-Spiel

Die Polizei hat – freilich durchaus selbstverschuldet – in der Politik der inneren Unsicherheit die undankbarste Rolle: die des Umsetzers von der moralischen auf die pragmatische Ebene, damit die des Verantwortlichen im Fall, daß diese Umsetzung nicht gelingt. Und gewöhnlich kann da nichts gelingen, denn zwischen den beiden Ebenen gibt es nur vage Vermittlungen: das Einschreiten wegen irgendwelcher Gefährdungen, das Einschreiten wegen irgendwelcher Geistesübertretungen, neuerdings die Streit-


Die Tatsache, daß man sich mit einem Psychiater unterhalten hat, kann nicht Grund zu der Befürchtung sein, von nun an von aller Welt für verrückt gehalten zu werden.



schlichtung und die Prävention. Das ist alles – aus guten rechtsstaatlichen Gründen – von strafbaren Tatbeständen und damit vom Institut der Strafe abhängig. Und als pragmatisches Mittel ist die Strafe und ihre Androhung von höchst begrenztem Wert. Die Strafe ist vielmehr ein Instrument der moralischen Reaktion: allerdings einer Ideologieproduktion „mit Menschenopfern“. Daher ist die Haupterfahrung der Polizei Vergelblichkeit und Versagen.

Die Rolle ist selbstverschuldet, insofern die Polizei der selbstverständlichen Suggestion, sie könne „Sicherheit“ produzieren, nicht wider-

setzt, sie sogar noch selbst pflegt und verstärkt. Wahrscheinlich glauben zumindest ihre Spitzen sogar selbst daran. In unseren stillen Stunden wissen wir alle, daß die Polizei, insofern sie über Erfahrung mit schwierigen Situationen und daher Besonnenheit in ihnen verfügt, wichtige Dienste leisten kann, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist. Nur einer dieser Dienste – und er wird nicht so häufig und schon gar nicht so ausschließlich nachgefragt, wie die Kriminal-Folklore uns glauben machen will – besteht darin, einen „Täter“ herbeizuschaffen. Und noch weniger ist uns damit geholfen, wenn dieser „Täter“ lange Zeit danach mehr oder weniger streng abgestraft wird. Wenn er schon da ist, würden wir anderes von ihm brauchen: Wiedergutmachung zum Beispiel. Ansonsten gibt es noch viel an polizeilicher Hilfeleistung in Situationen, die mit „Kriminalität“ in dem moralisch aufgeladenen Sinn noch gar nichts zu tun haben.⁴ Ein realistisch bescheidenes Verständnis von „Sicherheit“ wäre mit diesen „Diensten dann“ zufrieden.

Das unrealistische Verständnis von „Sicherheit“ will allerdings, daß gar nichts passiert – dafür soll die Polizei sorgen und das zu tun macht sie sich in Budget-Verhandlungen immer wieder anheischig. Diese absolute „Sicherheit“ aber ist nicht zu erreichen und mit dem „Einsammeln“ und Einschütern der Leute, die schon einmal etwas Nachweisbares „angestellt“ haben, schon gar nicht (die wachsen nämlich nach). Polizeiliche Professionalität bestünde darin, unrealistische Zumutungen zurückzuweisen und sich ihre Annahme auch nicht durch bessere Ausstattung, mehr Personal und mehr Rechte abkaufen zu lassen. Damit nämlich wird akzeptiert, daß mehr von dem, was nicht funktioniert, dann doch funktionieren würde. Genau die (meist ohnehin marginale) Vermehrung der Ausstattung unterstellt, daß die Polizei schon könnte, wenn sie nur wollte und wenn man sie nur ließe. Bisher hat sich noch keine solche Aufstockung mit einer langfristigen (nicht nur punktuellen und vorübergehenden) Reduktion von Kriminalität ursächlich in Zusammenhang bringen lassen. Trotzdem wird weiter nach dem absurdem Rezept verfahren, das der Polizei je besser sie ausgestattet ist umso deutlicher den Schwarzen Peter und ihrem Personal Erfahrungen des Versagens zuspielt (die sie dann, z.B. auf die „zu laxen“ Justiz, abzuwälzen versuchen).

Die Polizei übernimmt sich noch besonders, wenn sie in Reaktion darauf neue Aufgaben wie „Prävention“ als Spezialistaufgabe an sich zieht. Auf die pragmatische Ebene kann sie nur kommen, wenn sie sich selbst zurücknimmt, wenn sie die Initiativen in diesen Bereichen anderen überläßt, wenn die z.B. im Rahmen einer kommunalen Sicherheitspolitik auf lokaler Ebene von der Bevölkerung selbst ausgehen können und dann vielleicht auch die Polizei in bestimmten ihrer Funktionen, nicht aber als die „allein Zuständigen“ involviert.

Ist eine andere Politik der inneren Unsicherheit denkbar?

Denkbar ist sie und die Ansätze, die es dazu gäbe, sind zumindest angedeutet worden. Aber wahrscheinlich ist es nicht, daß eine relevante politische Kraft imstande sein wird, die irrational selbstverstärkenden Abläufe zu durchbrechen, die zwischen Bevölkerung, Politik und Polizei eingeschliffen sind und immer weiter vorangetrieben werden. Die Law and Order-Politiker aller Fraktionen in Politik, Polizei und Bevölkerung gewinnen dabei in der internen Konkurrenz, und das umso mehr, je schlechter die Lage ist oder wenigstens wahrgenommen wird. Und dafür, daß die Lage der inneren Unsicherheit als schlecht angesehen wird, dafür zu sorgen sind sie immerhin imstande – wenn schon nicht für „Sicherheit“.

PROF. DR. HEINZ STEINERT

lehrt Soziologie an der Universität Frankfurt am Main und leitet das Institut für Rechts- und Kriminozoologie in Wien. Er ist Mit-Herausgeber dieser Zeitschrift.

Anmerkungen:

- 1 Die unter der Überschrift „Risiko-Gesellschaft“ (nach dem Buch von Ulrich Beck, Frankfurt 1986) in den letzten Jahren gern herangezogene Tatsache, daß es dagegen ein paar Groß-Risiken wie Industrie-, besonders AKW-Unfälle oder die Folgen von Klima-Veränderungen gibt, die unterschiedslos alle betreffen, gegen die man sich also auch mit viel Geld und sonstigen Privilegien nicht sichern kann, ist erstens für den Großteil der Bevölkerung, der auch kleineren Risiken gegenüber diese Chance ohnehin nie hatte, unbedeutend, und wird zweitens gerade von den Reichen, die also als einzige neu betroffen sind, entweder verleugnet oder doch mit Sicherungsversuchen wie Strahlensäcken und Zweithäusern in anderen Weltgegenden beantwortet. Mit der Demokratisierung der Risiken ist es also nicht so weit her, jedenfalls nicht viel weiter, als es auch gegenüber Krieg und Pestilenz schon war. Das Problem ist vielleicht eher, daß man heute solche Katastrophen und Groß-Veränderungen ursächlich bestimmten Kollektiv-Akteuren zuschreiben kann. Aber erstens ist das erfahrungsgemäß auch nicht so einfach und zweitens wurden auch seinerzeit, als man dergleichen noch als Strafe Gottes verstand, gewöhnlich Schuldige gefunden und entsprechend mißhandelt.
- 2 Vergl. dazu die Arbeiten von Karl-Heinz Reuband, „Die Kriminalitätsforsch der Bundesbürger 1965-1987. Veränderungen unter dem Einfluß sich wandelnder Geschlechterrollen“, Zeitschrift für Soziologie, 18, 1989, S. 470-476, sowie: „Über das Streben nach Sicherheit und die Anfälligkeit für 'Law and Order'-Kampagnen. Umfragebefunde im Trendvergleich“, Zeitschrift für Soziologie, 21, 1992, S. 139-147. Neuerdings gibt es, wie Reuband aus jüngsten Umfrage-Ergebnissen berichtet, wieder einen Aufschwung der Be-

sorgnis über Kriminalität. Er wird, so kann man vermuten, mit den Beunruhigungen der verschiedenen Grenzöffnungen und mit ihren populistischen Benützungen zu tun haben.

- 3 Thomas Mathiesen hat in seinem Buch „The Defences of the Weak. A Sociological Study of a Norwegian Correctional Institution“ (London 1965) die „moralische“ Reaktion schon vor vielen Jahren für das Gefängnis beschrieben: Machtlosigkeit und Unterdrückung werden damit beantwortet, daß vom Herrschaftspersonal besonders penible Regelbefolgung verlangt wird, daß man auch selbst alle Eigenständigkeit aufgibt und vielmehr die Lösung aller Probleme von der anderen Seite verlangt, daß man, grob gesagt, Versorgung mit allem und jedem einklagt, weil man selbst ja nichts tun kann, selbst in der Streikform des „Dienst nach Vorschrift“ lebt und vom Herrschaftspersonal beides, kompetente Lösung aller Probleme und zugleich ebendenselben Dienst nach Vorschrift verlangt. Man kann diese Haltung, die Mathiesen als „censoriousness“ benannte, gut mit „Aufässigkeit“ beschreiben. Es ist eine Haltung, an der das Kontrollpersonal scheitern soll und das oft genug auch tut. Es ist ihr jedenfalls nicht beizukommen, indem man die geäußerten Forderungen erfüllt. Sie sind nie gut genug erfüllbar. Und sie sind nicht unter Einhaltung aller Regeln zu erfüllen. Sie sollen vielmehr vorführen, daß die Situation der Unterdrückung zur Vernachlässigung elementarer Rechte der Beherrschten führt, daß diese Herrschaft keine „gute Herrschaft“ ist.

- 4 Bekanntlich ist nur ein kleiner Teil der polizeilichen Tätigkeiten mit „Kriminalität“ verbunden und selbst in diesem kleinen Teil läßt sich das Problem gewöhnlich nicht „lösen“ – und die Leute wissen das auch recht genau, daß die Polizei vor allem „amtlich registrieren“ kann, was für viele Zwecke, etwa solche des Kassierens einer Versicherungssumme, aber auch schon alles ist, was man braucht. Die Polizei zu rufen, heißt nicht unbedingt, daß man von ihr einen „Verbrecher“ eingefangen haben will. Man will, daß sie vermittelt, diszipliniert, technische Hilfestellungen gibt, einem Recht gibt u.ä.m. Vergl. dazu Hanak, Stehr & Steinert, „Ärgernisse und Lebenskatastrophen. Über den alltäglichen Umgang mit Kriminalität“, Bielefeld 1989.